

Klaus Wettig

**Rede bei der Gedenkveranstaltung für Alfred Kubel am 25.05.2009
in Braunschweig** – Es gilt das gesprochene Wort -

In memoriam Alfred Kubel – 1909-2009

Auf dem Weg in die Politik

Alfred Kubel – am 25. Mai 1909, also vor genau 100 Jahren geboren – stammt aus dem *Proletariat* – der Arbeiterschaft, für die die Sozialdemokratie ein halbes Jahrhundert zuvor durch Organisation und Wahlbeteiligung zum Sprachrohr geworden war.

Kubels Vater war Klempner, seine Mutter Arbeiterin in einer Jutespinnerei. Vom Vater wissen wir, dass er Gewerkschafter und Sozialdemokrat war und sich an Arbeitskämpfen beteiligte. Die politischen Sanktionen gegen Kubels Vater zwangen die Familie zum Umzug in die Heimat der Mutter, nach Elbing in Westpreußen, wo sie bis 1920 lebten, – in nicht sehr komfortablen Verhältnissen. Trotz der materiellen Enge besuchte Alfred Kubel die Mittelschule, die damals Schulgeld kostete. 1924 schloss er die Schule ab. Inzwischen war die Familie nach Braunschweig zurück gekehrt.

Mit Beginn seiner Ausbildung schließt er sich einer Gewerkschaft an, wird aktiv in der sozialistischen Jugendarbeit und gerät bald in den Einfluss einer sozialistischen Splittergruppe. Man hat die Alterskohorte der zwischen 1900 und 1910 Geborenen die *Generation der Unbedingten* genannt. Der Schriftsteller *Ernst Glaeser* hat ihr in seinem Roman *Jahrgang 1902* ein Denkmal gesetzt. Unbedingt war sie in ihrem politischen Wollen, unbedingt auch im persönlichen Einsatz. Die sich rechts und links vom politischen Zentrum der Weimarer Republik bewegenden jungen Menschen,

wollen eine andere Republik. Das Kompromisshafte der Weimarer Republik stört sie, sie wünschen eine Republik, die an die Ideen der Revolution von 1918/19 anknüpft, und gar nicht wenige möchten die Republik wegen anderer politischer Vorstellungen beseitigen.

Das Engagement im ISK

Alfred Kubel gerät in das Umfeld des *Internationalen Jugendbundes* des Göttinger Philosophen *Leonard*

Nelson, und schließlich des daraus entstehenden *Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes*, ISK abgekürzt. Dort arbeitet Alfred Kubel mit, dort empfängt er die ihn prägende politische Sozialisation. Der ISK ist kein Gelegenheitsverein, wer ihm angehören will, muss sich strengen Prüfungen unterwerfen: er muss sich vegetarisch ernähren, weil das Töten von Tieren gegen ethische Grundsätze verstößt; er muss auf Alkohol verzichten, weil Alkohol die Sinne betäubt und damit einer verstandesorientierten Politik entgegen wirkt, und er muss sich zur Ehelosigkeit entschließen, weil ein

revolutionär wirkender Politiker nicht durch persönliche Bindungen beeinflusst werden darf. Dass viele ISK-Mitglieder später geheiratet haben, ist eine Folge des Nationalsozialismus, denn auf Verfolgung und Emigration kann ein Ehepaar flexibler reagieren, also heirateten die Paare. Auch der Kirchenaustritt ist zwingend.

Verpflichtend war im ISK der unbedingte Einsatz in gesellschaftlichen Gruppen: in der Gewerkschaft, in der Freidenkerbewegung, im Arbeiter-Abstinentenbund usw.

Von der umfangreichen Schulungsarbeit, von der im Kampf gegen den Nationalsozialismus anwachsenden Agitationstätigkeit gab es keinen Dispens. Wenn man all diese Verpflichtungen zusammen rechnet und zur 48stündigen Arbeitszeit hinzuzieht, dann blieb den ISK-Mitgliedern keine Freizeit, Sie waren für ihre Sache stets im Einsatz.

Das politische Programm des ISK hatte Nelson aus der Kant-Fries'schen Philosophie entwickelt. Ethische Prinzipien, das allgemeine Sittengesetz, sollten das

politische Handeln bestimmen. Der Rechtsgedanke das gesellschaftliche Leben, das Handeln des Staates und das Zusammenleben zwischen Staaten anleiten, deshalb waren die ISK-Mitglieder Pazifisten.

Ein zentrales Element der Entscheidungsfindung war die Ablehnung des demokratischen Prinzips, der Mehrheitsentscheidung. Wer ausschließlich dem Rechtsgedanken folgt, muss eine andere Methode anwenden, um das *wahre Interesse* zu finden. Das war für den ISK die *sokratische Methode*, die Nelson aus

dem Fundus der philosophischen Erkenntnistechiken weiter entwickelt und für die Entscheidungssuche im ISK nutzbar gemacht hatte. Eine Folge dieser Festlegung war, dass die ISK-Mitglieder samt und sonders eine hohe philosophische Bildung besaßen.

Wirtschaftspolitisch orientierte sich Leonard Nelson an dem sozialliberalen Wirtschaftstheoretiker *Franz Oppenheimer*, also nicht an den sozialistischen Klassikern. Oppenheimers Vorstellungen akzeptieren den Markt, verlangen aber eine starke soziale

Verpflichtung der Wirtschaft. Der Staat wurde als Ordnungsfaktor gesehen, der aber nicht über Sozialisierungen selbst umfassend wirtschaftlich tätig sein sollte. Elemente dieser wirtschaftspolitischen Vorstellungen finden wir beim späteren Wirtschaftspolitiker Alfred Kubel wieder, der dem sozialdemokratischen Staatsinterventionismus stets skeptisch gegenüber stand.

Der Internationale Sozialistische Kampf-Bund mobilisierte seine ganze Kraft gegen den wachsenden

Irrationalismus von Rechts und Links am Ende der Weimarer Republik; er kritisierte die abwartende Haltung der SPD, die zerstörerische Politik der Nazis und Kommunisten konnte er nicht aufhalten. Nach der Machübertragung an die Nationalsozialisten 1933 verließ Alfred Kubel, der sich in Braunschweig an vorderster Stelle gegen die Nazis engagiert hatte, sehr bald die Stadt. Es ist anzunehmen, dass er beim Verbleiben in Braunschweig brutalster Verfolgung ausgesetzt gewesen wäre. Er emigrierte nicht, wie zahlreiche ISK-Mitglieder, sondern wechselte nach

Berlin, wo er ein neues Berufsfeld fand, sich schnell empor arbeitete und als Prokurist einer kriegswichtige Gummiprodukte herstellenden Firma den Zusammenhalt der Widerstand leistenden ISK-Mitglieder sichern konnte. Als die Verfolgungswelle durch die Gestapo Mitte der 1930er-Jahre dichter wurde, wurde auch Kubel 1937 verhaftet. 1938 verurteilte der Volksgerichtshof ihn zu einem Jahr Gefängnis, auf das die Untersuchungshaft angerechnet wurde. Sein früherer Chef beschäftigte den tüchtigen jungen Mitarbeiter nach der Haft erneut. Da die Verurteilung ihn

wehrunwürdig machte, arbeitet er bis Kriegsende bei der Firma und konnte sich mit Material der Firma nach Goslar absetzen. Im mehreren Verstecken entzog er sich in den letzten Kriegswochen der Mobilisierung für den Volkssturm.

Eine politische Karriere beginnt

Als er am 25. Mai 1945 in Adenbüttel im Landkreis Gifhorn seinen 36. Geburtstag erlebt, erwachte langsam

das politische Leben unter der Aufsicht der Besatzungsmächte. Im Raum Braunschweig war dieses zunächst die US-Army. Kubel wurde wegen seiner Wirtschaftserfahrungen sehr schnell von der Militärverwaltung reaktiviert, lehnte einen Eintritt in die Verwaltung jedoch ab, im April 1945 übertrug ihm die Militärverwaltung die Leitung der *Braunschweig GmbH*, einer Holding für das braunschweigische Landesvermögen, im Juni übernahm er den Vorsitz der Deutschen Asphalt AG.

Wichtiger wurden in diesen Monaten seine Kontakte in das sozialdemokratische Lager, das sich in allen früheren SPD-Zentren sammelte, um die Wiedergründung der SPD vorzubereiten.

Man kann nicht sagen, dass sich SPD und ISK bis 1933 freundlich gegenüber gestanden hätten. Nelsons Anhänger waren wegen ihrer politischen Vorstellungen 1925 aus der SPD ausgeschlossen worden, bis zum Ende der Weimarer Republik hatte es Konflikte gegeben, doch die Zeit des Nationalsozialismus, die

Erfahrungen aus der gemeinsamen Verfolgung, ließen die Vorstellung von einer gemeinsamen Organisation in einer Zeit nach Hitler reifen. Dass es dazu kam, bewirkte die Mitarbeit der ISK-Auslandsleitung im Londoner Exil in der *Union deutscher sozialistischer Organisationen*, die maßgeblich vom SPD-Exilvorstand getragen wurde und in der Westzonen-SPD die Kooperationsbereitschaft *Kurt Schumachers*, der neuen Leitfigur der SPD – Vorsitzender war er noch nicht, der neben den ISK-Mitgliedern, auch weiteren Mitgliedern von

sozialistischen Gruppen den Weg in die in
Wiedergründung befindliche SPD öffnete.

Dieser offizielle Friedensschluss zwischen einst
zerstrittenen Sozialdemokraten und Sozialisten erklärt
nicht, warum Alfred Kubel so schnell eine führende Rolle
in der Braunschweiger SPD übernehmen konnte. Die
bisherigen Arbeiten über die Wiedergründung der SPD
beschreiben nicht hinreichend, wie stark die alte SPD
durch Verbot, Zerschlagung, dauerhafte Verfolgung,
Krieg und Vertreibung durchgeschüttelt worden war. Es

war nicht so, dass man die versteckten Parteibücher nach 12 Hitlerjahren hervorholte und in die Braunschweiger Schlosstraße ging, um die Mitgliedschaft wieder aufleben zu lassen, evtl. die Beiträge nachzuzahlen.

Ein Teil der SPD-Führung war vor Hitler ins Exil geflohen, konnte in den ersten Nachkriegsjahren nicht zurück kehren, gar nicht wenige lebten nicht mehr, waren von den Nazis ermordet worden, hatten Krieg und Vertreibung nicht überlebt, auch der normale Todesfall

hatte die Reihen gelichtet, viele hatten ihre Heimatorte verlassen, weil sie damit der unmittelbaren Verfolgung durch die Gestapo entgehen konnten, in den Kriegsjahren folgte dann die Flucht vor dem Bombenkrieg aufs Land, und vom Nachwuchs der SPD waren viele im Krieg gefallen.

Dies erklärt, weshalb der junge Mann aus dem ISK, der der SPD vorher nicht angehört hatte, der sie als Organisation nur von außen kannte, der sogar in deutlicher Opposition zu ihrer Politik gestanden hatte,

am 31. Oktober 1945 zum 2. Vorsitzenden des wieder gegründeten SPD-Bezirks Braunschweig gewählt wurde.

Es fehlte damals ein breiter qualifizierter Nachwuchs.

Alfred Kubel war qualifiziert. Er hatte in den

Kaderschulungen des ISK eine profunde politische

Bildung erworben, während der Nazizeit hatte er seinen

politischen Horizont erweitert, seine

wirtschaftspolitischen Kenntnisse vertieft und er sah in

der Mitarbeit in der SPD den einzigen Weg aus dem

Elend der Nachkriegszeit heraus zu kommen. Politisch

diskutieren konnte er und durchsetzungsstark war er auch, was seine neuen politischen Freunde in der SPD bald merken sollten.

Es gab selbstverständlich vielfältige Debatten über die richtigen Personen in den neuen Funktionen, über den einzuschlagenden Weg in einem neuen Staat. Das war höchst kontrovers. Alfred Kubel setzte sich in einigen Punkten durch: Er wurde Ministerpräsident des Landes Braunschweig, nachdem der erste Ministerpräsident Hubert Schlebusch, ein aus dem Rheinland während der

Nazizeit nach Braunschweig verschlagener früherer Reichstagsabgeordneter, sich politisch ver stolpert hatte. Und Kubel widersetzte sich nicht den Plänen der Britischen Militärregierung, Braunschweig im neuen, größeren norddeutschen Land Niedersachsen aufgehen zu lassen. Ende 1946 geschah dieser Schritt, den einige Braunschweiger, die an der Illusion des selbstständigen Landes festhielten, ihm nie verziehen haben.

Der niedersächsische Landesminister

Ende 1946, verfestigt nach der Landtagswahl im April 1947, beginnt Alfred Kubels niedersächsische Karriere. Insgesamt 28 Jahre gehört er niedersächsischen Landesregierungen an, davon sechs Jahre als Ministerpräsident. Allein die Amtsdauer bedeutet einen Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik. Kein anderer Landespolitiker hat diese Dauer im Amt erreicht, weder bei den Zeitgenossen noch zeichnet sich heute eine vergleichbare Karriere ab.

Gäbe es ein Guinness-Buch der Rekorde für die Politik, dann stünde Alfred Kubel auf einem herausragenden Platz, denn auch die Breite der von ihm bearbeiteten Politikfelder zeichnet ihn aus. Außer Innen-, Justiz- und Kultus- hat er die meisten der damals vorhandenen Landesministerien geleitet. Bundesrat gab es noch nicht, ein Umweltministerium wurde erstmals in den 1980er-Jahren eingerichtet,

Überraschend ist, dass er das von ihm besonders geschätzte Wirtschaftsministerium stets nur kurzzeitig

führen konnte: 1947/48, 1950/51, 1957/59, doch es gelingt ihm deutliche Zeichen zu setzen; Erfolge zu erzielen, die bis heute in der Erinnerung geblieben sind.

Minister für Arbeit, Aufbau und Gesundheit, ein

Ministerium, das in seinem Zuschnitt dem heutigen

Sozialministerium gleicht, wird er für drei Jahre, kann

aber, als 1950 die CDU die Regierung verlässt,

Wirtschaft und Arbeit in einem Haus zusammenfassen.

Sechs Jahre erlebt das Land ihn in der ungewöhnlichen

Aufgabe als Landwirtschaftsminister. Erstaunlicherweise

erwirbt er sich in diesem Amt einen hohen, sogar einen

bundesweiten Bekanntheitsgrad. Neun Jahre ist er Finanzminister: in der Koalitionsregierung mit dem BHE von 1951 bis 1955 und in den Regierungen der Großen Koalition von 1965 bis 1970. Dann folgen sechs Jahre als Niedersächsischer Ministerpräsident.

In den langen Ministerjahren, in den verschiedensten Ministerämtern hat Alfred Kubel nicht zur Erfolge einfahren können, Spuren hinterlässt er immer, manche sind bis zum heutigen Tag sichtbar, wirken positiv für das Land. Die Zeit würde bei weitem nicht ausreichen,

wollte ich die zentralen Ergebnisse seiner Arbeit vorstellen, deshalb werde ich mich beschränken, vielleicht eine in meiner Wertung zu subjektive Auswahl vortragen.

Kennzeichnend für Kubels Vorgehen ist, dass er die schwache wirtschaftliche Substanz des künstlich geschaffenen Landes Niedersachsen stärken will. Die industriellen Zentren des Landes haben unter dem Bombenkrieg gelitten, starke Zerstörungen gibt es in Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Oldenburg,

Osnabrück, Wilhelmshaven, nur Südniedersachsen mit Göttingen ist wenig betroffen. Die Hafenstädte Cuxhaven und Emden sind ebenfalls zerstört. Es gilt den Wiederaufbau zu organisieren und vor allem die von den Siegermächten geplanten Demontagen aufzuhalten, die die noch intakten industriellen Kerne beseitigt hätten. Kubel gelingt es, die Demontagen in Salzgitter und Wolfsburg wenigstens teilweise aufzuhalten. Der Kampf gegen die Demontage beschäftigt ihn, wie das In-Gang-Bringen der Produktion, was in den Stahlwerken des Salzgitter-Raums wie im VW-Werk wichtig ist.

Die Sorge um VW bestimmt auch seine weitere politische Arbeit: War es zunächst der Erhalt des Werkes, der Beginn einer zivilen Produktion, entwickelt sich später das Engagement für VW zum Kampf um die Sicherung des öffentlichen Einflusses. Wäre es nach Konrad Adenauer und Ludwig Erhard gegangen, gäbe es heute die Volkswagen AG ohne den gesicherten Einfluss des Landes in der Hand von Investmentfonds. Das Volkswagengesetz ist in harten Auseinandersetzungen von Hinrich-Wilhelm Kopf und Alfred Kubel erkämpft worden, es sichert bis heute den

Standort Niedersachsen. Die an das Land fließenden Erträge fördern seit über vier Jahrzehnten die niedersächsische Wissenschaft. VW mit seinen Problemen und Erfolgen blieb Alfred Kubel bis zum Ende seiner Ministerpräsidentenschaft verpflichtet.

Als Lieblingskind Kubels könnte man die Hannover-Messe bezeichnen, die als Idee nicht von ihm, sondern von der Britischen Militärregierung stammt, aber Kubel ergriff diese Idee und realisierte die erste Messe 1947 gegen zahlreiche Bedenken und außerordentliche

Widerstände. Dass sie wegen der von Lebensmittelmarken befreiten *Fischbrötchen* als *Fischbrötchenmesse* gewürdigt wurde, trug zu ihrer Popularität bei, die Vorbehalte waren damit nicht beseitigt und begleiteten die weitere Entwicklung des Messe-Standortes Hannover, bis die Industrie-Messe zur größten Messe der Welt aufgestiegen war. Alfred Kubel blieb von Anfang bis 1976 ihr Aufsichtsratsvorsitzender, solange er Einfluss hatte, sicherte er die Messe-Entwicklung.

Nach diesen ersten Erfolgen hat es ihn schon geschmerzt, dass er für lange Zeit von 1951 bis 1957, das Wirtschaftsministerium verlassen musste, auch die Rückkehr 1957 bis 1959 erlaubte kein Aufnehmen neuer Projekte.

Ich bin sicher, dass ein Wirtschaftsminister Kubel in den gesamten 1950er-Jahren die wirtschaftliche Entwicklung des Landes deutlicher voran gebracht hätte. Das hängt mit seinen politischen Fähigkeiten zusammen, mit denen er seinen inzwischen vergessenen Nachfolgern

überlegen war, das lässt sich auch aus den wirtschaftspolitischen Vorstellungen Kubels ableiten, die sich – wie ich erwähnt habe – von den wirtschaftspolitischen Ideen der SPD bis zum Godesberger Programm unterschieden. Kubel war auch Staatsinterventionist, aber in erster Linie Marktwirtschaftler. Der Intelligenz und Kreativität wirtschaftender Menschen maß er mehr Bedeutung zu als den Fähigkeiten des Staates, unverzichtbar hielt er den Staatseinfluss bei den Rahmenbedingungen des

Wirtschaftens und für die Herstellung einer gerechten Verteilung der Erträge.

Kubels ordnungspolitisches Denken erhielt ein neues Testfeld, als er aus koalitionspolitischen Gründen 1959 das Landwirtschaftsministerium übernahm. Häme und Spott begleitete diese Entscheidung. Ein Nichtlandwirt an der Spitze eines von den Bauern als geradezu *Heiligtum* angesehenen Ministeriums, das hatte es bisher nicht gegeben, auch war ein *Sozi* noch nie Landwirtschaftsminister gewesen. Kubel erkannte sehr

schnell, dass die deutsche Landwirtschaft vor einer großen Wende stand, dass die deutsche Agrarpolitik neu konzipiert werden musste.

Die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* hatte am 1. Januar 1958 ihre Arbeit aufgenommen, zu deren zentralen Zielen gehörte die schnelle Realisierung der Zollunion für gewerbliche Waren und parallel dazu der Aufbau des *Gemeinsamen Agrarmarktes* mit offenen Grenzen für Agrarprodukte. In dem dann entstehenden Wettbewerb, vor allem mit Frankreich und den

Niederlanden, würde die deutsche Landwirtschaft hoffnungslos zurückfallen, das große Agrarland Niedersachsen würde zentral getroffen werden.

In den wenigen Jahren bis zum Start des Gemeinsamen Agrarmarktes – 1962 trat mit der Marktordnung für Getreide die wichtigste Marktordnung in Kraft – musste die Landwirtschaft marktfähig gemacht werden.

Es gab einen Modernitätsrückstand, die Agrarstrukturen erlaubten nur eine geringe Produktivität, die

Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte war unzureichend, die Staatsabhängigkeit der Agrareinkommen zu hoch und der Agrarsektor insgesamt überreguliert.

Trotz der enormen Anfangswiderstände, z. B. beim Umleiten des unproduktiven Milchpfennigs auf produktionsverbessernde Investitionen – CDU und – man höre – die FDP kämpften für den Erhalt der Subventionen, gelang Kubel die Umorientierung der niedersächsischen Agrarpolitik und er verschaffte sich

für diesen Kurs bundesweite Anerkennung; der Bund und die anderen Bundesländer – vor allem Bayern – zogen nach. Als Kubel 1965 wegen der Großen Koalition das Landwirtschaftsministerium an Wilfried Hasselmann von der CDU abgeben musste, war die Wende vollzogen, sämtliche Nachfolger hielten an diesem Kurs fest – natürlich mit unterschiedlichem Engagement.

Der Rückblick auf 60 Jahre Landesgeschichte rechtfertigt das Urteil, das Alfred Kubel als Finanzminister sämtliche Vorgänger und Nachfolger

übertrifft. Schon in seiner ersten Amtszeit von 1951 bis 1955 schafft er neue Strukturen im Landeshaushalt, sorgt für Klarheit und stärkt die Verantwortung der Entscheider. Das war nicht einfach, denn ein Landeshaushalt in den heutigen Strukturen musste erst mühsam geschaffen, was in den Vorgänger-Ländern vorhanden war zusammengefügt und auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes zugeschnitten werden. Es war die Zeit, als vom Wirtschaftswunder noch wenig zu spüren war und das Land bettelarm vor großen Wiederaufbauverpflichtungen stand.

War Kubels Bilanz als Finanzminister schon nach dieser Wahlperiode gut, so übertraf er seine frühere Arbeit, als er von 1965 bis 1970 erneut Finanzminister wurde. Es waren zunächst wieder strukturelle Entscheidungen, mit denen er Aufmerksamkeit erregte. Die von ihm vorgenommene *Inventur* der Landesfinanzen führte zu einer Haushaltsvorausschau, die die spätere *mittelfristige Finanzplanung* vorbereitete. Das inhaltliche Ergebnis war freilich katastrophal: Es demonstrierte, dass das Land Niedersachsen ohne erhebliche

Bundeszuschüsse seine Aufgaben nicht erfüllen konnte. In dem Kampf um eine höhere Bundeshilfe herrschte zunächst Stillstand, der erst mit der Regierung der Bonner Großen Koalition beendet wurde. Beim Finanzminister *Franz-Josef-Strauß* fand Kubel Verständnis für Niedersachsen und die anderen *armen* Länder, sodass ein fairer Kompromiss bei der Steuerverteilung und bei den Bundesergänzungszuweisungen erzielt wurde.

Alfred Kubel hat in diesem Zeitraum, als die Große Koalition im Bund mit der Haushaltsstrukturreform sein finanzpolitisches Instrumentarium erweiterte und schärfte, über den Bundesrat intensiv auf diese Arbeiten Einfluss genommen, sodass er als einer der Väter dieses Reformprojektes gelten kann.

Die Darstellung dieses Projektes will ich mir jedoch schenken, um zwei für die Landesentwicklung wichtige Projekte zu behandeln.

In der Schwäche des niedersächsischen Bankensystems sah Alfred Kubel einen wichtigen Grund für die Wirtschaftsschwäche des Landes. Angestoßen durch den Chef der *Braunschweigischen Landesbank* betrieb er deshalb die Gründung einer niedersächsischen Regionalbank, was ihm mit der Gründung der *NordLB* gegen einigen Widerstand auch gelang, nicht so wie er es gewollt hatte, aber der Start für ein großes Landesinstitut war erreicht. Seit Beginn der Finanzkrise wird das Geschäftsmodell der Landesbanken angezweifelt, auch der NordLB, die sich

aber deutlich besser als andere Landesbanken behauptet hat. Wenn das Spekulations-Abenteuer, dem viele Banken erlegen sind, einmal genauer bewertet werden kann, dürfte bestehen bleiben, dass für eine regionale Bank als solides Finanzinstitut für die regionale Wirtschaft und die öffentliche Hand nach wie vor Bedarf vorhanden ist. Alfred Kubels Idee ist also nicht überholt.

Auf keinen Fall überholt ist Kubels Lösung für die Vorfinanzierung großer öffentlicher Investitionsvorhaben

außerhalb der Jährlichkeit des Landeshaushaltes. Mitte der 1960er-Jahre entdeckte die Politik einen beträchtlichen Investitionsstau an den wissenschaftlichen Hochschulen und gleichzeitig verlangten die Hochschulen zügigen Ausbau, um die sprunghaft ansteigenden Studentenzahlen bewältigen zu können. Die notwendigen Haushaltsmittel wären im jährlichen Haushalt nicht aufzubringen gewesen, nur außerhalb des Haushaltes unter Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, mit Hilfe eines privaten Investors, war der Mittelbedarf zu mobilisieren. Der Investor finanziert

vor, das Land zahlt langfristig ab, war die Idee. Die Auseinandersetzung darüber war heftig, grundsätzlich und zog sich über mehrere Jahre hin. Der *Langeheine-Plan* des CDU-Kultusministers, der Flickwerk beim Hochschulbau bedeutet hätte, stand gegen den *Kubel-Plan*, der schließlich über die neu gegründete *Niedersächsische Hochschulbaugesellschaft* den Ausbau aller Hochschulen ermöglichte. Kubel setzte sich durch, der niedersächsische Weg wurde danach vielfach kopiert und wird auch heute noch bei großen Vorhaben genutzt.

Kubels Karriereprobleme

Alfred Kubels außerordentliche politische Laufbahn, ihre Dauer und die von ihm durchgesetzten Projekte dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass es auch für ihn Karrierestopper, Niederlagen gab.

Schon früh unterliegt er bei einer Weichen stellenden Entscheidung, die ihn bei einem Erfolg wohl dauerhaft aus der Landespolitik in die Bundespolitik geleitet hätte.

Die unterschiedlichen Auffassungen der Siegermächte über Deutschland als Ganzes, die beginnende Blockkonfrontation zwischen den westlichen Siegermächten USA, Großbritannien und Frankreich auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite, ließen die USA auf eine gemeinsame Wirtschaftsverwaltung für die Westzonen drängen. Nur so konnte die wachsende Verelendung gestoppt und der Wiederaufbau beschleunigt, nur so der politische Einfluss der Sowjetunion in den Westzonen eingedämmt werden. Die großen Schritte dazu hießen

Bizonenverwaltung für die Wirtschaft und Vorbereitung der Währungsreform. Doch es herrschte an durch die Nazizeit unbelasteten Wirtschaftspolitikern für die Direktorenposten Mangel, auch an wirtschaftspolitisch erfahrenen Sozialdemokraten, sodass schließlich im Ringen um den Direktorenposten für Wirtschaft Alfred Kubel von der SPD benannt wird, doch er scheitert im Juli 1947 im *Frankfurter Wirtschaftsrat* gegen einen Christdemokraten, dem später *Ludwig Erhard* nachfolgt, immer noch als Vater des Wirtschaftswunders bekannt. In der Frankfurter Entscheidung setzt sich zum ersten

Mal ein *Bürgerblock* durch, der unter Führung der Christdemokraten bis 1949 die Politik im Wirtschaftsrat und danach in der Bundesrepublik bestimmt.

Alfred Kubel als durchsetzungsstarker Exponent sozialdemokratischer Wirtschafts- und Finanzpolitik ist danach für lange Zeit das Ziel politischer Attacken aus dem Lager der mit der SPD konkurrierenden Parteien gewesen. 1948 muss er auf Drängen der CDU in der gemeinsamen Landesregierung das Wirtschaftsministerium aufgeben, er erhält das

Ministerium für Arbeit, Aufbau und Gesundheit, an dem ihm nur die Zuständigkeit für Arbeit und Wiederaufbau interessiert.

Erst nach der Landtagswahl 1951, als es der SPD gelingt, mit der neuen Flüchtlingspartei BHE – unter Schlucken zahlreicher Kröten – eine Regierung zu bilden, kann er in das ihm näher liegende Finanzministerium einziehen. Angriffsobjekt der Opposition bleibt er wie kein anderer Landesminister.

Die Landtagswahl 1955 bringt keine Niederlage für die SPD, sie kann sich um 1,5 Prozent auf 35,2 Prozent steigern und bleibt stärkste Fraktion im Landtag, doch unter dem Einfluss Konrad Adenauers wird in Niedersachsen eine Bürgerblock-Regierung gebildet. Für die Wehrgesetzgebung muss eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat gesichert werden, deshalb verpflichtet Adenauer die Bonner Koalitionsparteien auch in Niedersachsen zum Zusammengehen. CDU, Deutsche Partei – damals in Niedersachsen die drittstärkste Partei, BHE und FDP bilden die neue

Regierung, Ministerpräsident wird der DP-Politiker Heinrich Hellwege. Die SPD sitzt zum ersten Mal seit 1947 in der Opposition.

Schon vor dem Wahltermin war darüber spekuliert worden, ob Alfred Kubel nicht die Führung einer erwarteten sozialdemokratischen Oppositionsfraktion übernehmen sollte. Ministerpräsident Hinrich-Wilhelm Kopf schien dafür aufgrund seines Alters – er war inzwischen 62 Jahre alt – nicht in Frage zu kommen. Mit Kubel als Fraktionsvorsitzenden wäre ein dynamischer,

kämpferischer Politiker – 1955 war er 46 Jahre alt – an die Spitze der Fraktion gewählt worden, die immer wieder diskutierte Kopf-Nachfolge damit entschieden gewesen. Doch der Wähler machte einen Strich durch diese Überlegung: Kubel verlor seinen Wahlkreis Goslar-Stadt, noch dazu an seinen Intimfeind Otto Fricke von der CDU, den braunschweigischen CDU-Landesvorsitzenden. Die Landesliste zog nicht, da die SPD sämtliche Mandate direkt gewann.

Der Wahlkreisverlust schmerzte ihn mehrfach: die persönliche Niederlage gegen Fricke, das Ausscheiden aus dem Landtag, das wahrscheinliche Ende seiner landespolitischen Laufbahn und die plötzliche Arbeitslosigkeit. Der 46jährige Alfred Kubel muss nach einem neuen Einkommen suchen, das er als weltweiter Repräsentant der Hannover-Messe, deren Aufsichtsratsvorsitzender er bleibt, auch findet.

Die Spannungen in der Vierer-Koalition führen nach zwei Jahren zu ihrem Scheitern und die SPD wird 1957 als

Koalitionspartner benötigt, denn CDU und DP wünschen keine Neuwahlen. Alfred Kubel erreicht der Rückruf telegrafisch in Südamerika. „Ohne Begeisterung“, wie er zurück telegraphiert, nimmt er das Amt des Wirtschaftsministers an.

Sicher hat neben dem Denken des Parteisoldaten Kubel, in einer schwierigen Situation zur Verfügung zu stehen, auch die Hoffnung eine Rolle gespielt, in den nächsten Jahren das Amt des amtsmüden und kranken Hinrich-Wilhelm Kopf übernehmen zu können.

Zunächst einmal gewinnt die SPD 1959 unter Führung von Kopf die Landtagswahl und schafft das Kunststück, den BHE und die koalitionsunwillige FDP in eine gemeinsame Landesregierung zu bringen. Alfred Kubels Lieblingsministerien – Wirtschaft oder Finanzen – müssen dafür geopfert werden, er übernimmt das Landwirtschaftsministerium, aber er kann darauf hoffen, dass er spätestens zur nächsten Landtagswahl 1963 als Ministerpräsident oder Ministerpräsidentenkandidat die SPD in den Wahlkampf führen wird.

Doch es kommt wieder einmal anders.

Zu den großen Gesetzgebungswerken früherer SPD-

Landesregierungen hatte in der Wahlperiode 1951-1955

die Vereinheitlichung des zersplitterten Schulrechts der

vier Gründungsländer in einem gemeinsamen

niedersächsischen Schulrecht gehört, was auch einen

Eingriff in das bestehende Bekenntnisschulwesen

bedeutete. Die 1954 beschlossenen Schulgesetze lösten

den Widerstand der Katholischen Kirche im Lande aus,

der die Unterstützung des Vatikans fand. Der Vatikan

erinnerte die Bundesregierung daran, dass die Schulgesetze gegen das 1933 zwischen dem Deutschen Reich und den Vatikan geschlossene *Reichskonkordat* verstießen. Diese Aufforderung zum Handeln führte zu einer Klage der CDU-geführten Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Land Niedersachsen: Die Einhaltung des Reichskonkordats wurde verlangt. Am Ende eines langen Prozesses, in dem komplizierte Rechtsfragen über die Nachfolge des Deutschen Reiches erörtert wurden, stand eines der Sowohl-als-auch-Urteile der Verfassungsrichter, mit

denen sich das Gericht immer wieder aus politisch überfrachteten Fragen heraus zieht: Das Bundesverfassungsgericht erklärte das Reichskonkordat für gültig, aber in Fragen der Kulturhoheit nicht für vollziehbar. Die neue Verfassungsordnung des Grundgesetzes habe die Kulturhoheit den Ländern zugewiesen, die allein zu entscheiden hätten. Der Bund könne sie nicht auf dem Weg des Bundeszwanges zur Einhaltung des Reichskonkordats anhalten.

Dieser eindeutige Richterspruch beseitigte jedoch nicht den niedersächsischen Streit. Nachdem mit der Evangelischen Kirche im Loccumer Vertrag das Verhältnis von Staat und Kirche geordnet worden war, begannen nach diesem Urteil vorsichtige Verhandlungen mit der Katholischen Kirche, die ab 1959 beschleunigt geführt wurden.

Zu diesem Zeitpunkt wirkten übergeordnete politische Überlegungen der Bundes-SPD in die niedersächsische SPD-Politik hinein, denn die SPD klärte 1959 mit dem

Godesberger Programm ihr Verhältnis zu den Kirchen, vor allem zur Katholischen Kirche. Sie hatte ein großes Interesse daran, dass der niedersächsische Streit symbolhaft in einem Vertragswerk beigelegt wurde.

Unter dem für seine ausgleichende Politik bekannten Ministerpräsidenten Kopf schien dieses gesichert zu sein, doch als Kopf nach langer Krankheit 1961 starb, sah man diesen historischen Kompromiss als gefährdet an. Der fast sichere Nachfolger Alfred Kubel galt als harter Verhandler, noch dazu war er konfessionslos.

Keine guten Voraussetzungen für den gewünschten

Nachfolger. So wurde für die Öffentlichkeit überraschend *Georg Diederichs* präsentiert, von den Koalitionspartnern und der SPD-Landtagsfraktion akzeptiert, und sehr bald auch im Landtag gewählt.

Die öffentliche Begründung hieß, dass Diederichs' verbindliche Art ein Garant für die Fortsetzung der schwierigen Koalition bedeute.

Wer besonders tüchtig ist, der bekommt manchmal eine weitere Chance. Alfred Kubel erhält sie wegen seiner

Landwirtschaftspolitik, die ich geschildert habe. Ein Sozialdemokrat in diesem als schwierig geltenden Ministerium, der neben der Anerkennung der Wirtschaft auch die Anerkennung der Bauern findet, das war etwas Aufsehenerregendes, deshalb wird Kubel sehr bald als Bundeslandwirtschaftsminister für den Fall eines SPD-Wahlsieges 1965 genannt. Der zweite Anlauf Willy Brandts auf das Kanzleramt war von großer Hoffnung begleitet, vom Kopf-an-Kopf-Rennen war bis in die Schlussphase des Wahlkampfes die Rede. Am Wahltag betrug der CDU/CSU-Vorsprung acht Punkte und

Ludwig Erhard blieb weiter Bundeskanzler. Alfred Kubel blieb in Niedersachsen, der zweite Sprung in die Bundespolitik war nicht gelungen.

Kubel als Ministerpräsident

Trotz aller Erfolge schien sich 1967 Kubels landespolitische Laufbahn dem Ende zu neigen: Am 21. Juni 1967 lasen die Leser der *Hannoverschen Allgemeine* in einer kleinen Meldung, dass er am Ende

der Wahlperiode – 1971 – nicht erneut für ein Kabinettsamt zur Verfügung stehen werde.

Erstens kommt es anders, zweitens als man denkt, könnte man sagen.

Die beginnenden politischen und personellen Verschiebungen im SPD-Bezirk Hannover, dem größten der vier niedersächsischen Bezirke, zwangen den SPD-Landesausschuss 1969 zum Handeln, das nach der Bundestagswahl Alfred Kubel selbst provoziert hatte.

Wollte man überhaupt noch die Nachfolge von Georg Diederichs für die Landtagswahl 1971 in der Hand behalten, dann ließ sich dieses nur durch die Nominierung von Kubel erreichen. Diese Einschätzung erfüllte sich, denn als 1970 die Führung des SPD-Bezirks völlig ausgetauscht wurde, blieb Alfred Kubel Spitzenkandidat in der vorgezogenen Landtagswahl und gewann mit der SPD am 14. Juni 1970 überraschend die absolute Mehrheit der Landtagssitze. Zum ersten Mal in der Landesgeschichte besaß eine Fraktion die absolute Mehrheit im Landtag, der nur noch zwei Fraktionen

hatte. Die Regierungsfraktion SPD und die Oppositionsfraktion CDU, die FDP war an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert.

Die SPD hatte eine Stimme Mehrheit im Landtag, konnte damit nicht nur die Regierung Kubel installieren, sondern auch vier Jahre sicher regieren.

Willy Brandt war wenige Monate zuvor mit der Sozialliberalen Koalition im Bund gestartet, die eine Reformregierung sein wollte. Die versäumten Reformen der Adenauer-Erhard-Zeit sollten auf den Weg gebracht,

der Reformstau aufgelöst werden. Dieses Programm galt auch für die neue Regierung Kubel. Wer die Regierungserklärung Kubels von 1970 liest und sie mit der Bilanz 1974 vergleicht, dürfte immer noch über den Reformelan und die erreichten Ziele überrascht sein.

Das zentrale Projekt in der Reform-Agenda sollte die Verwaltungs- und Gebietsreform werden, ein Projekt, das schon die Große Koalition 1965 angestoßen, aber noch nicht umgesetzt hatte. Mit der Verwaltungsreform sollten die letzten Arbeiten an der noch nicht vollendeten

Landeseinheit erledigt, die Verwaltung transparenter, in den Zuständigkeiten entschlackt werden. Die Gebietsreform sollte im Umfeld der Städte die Siedlungsentwicklungen durch Eingemeindungen nachvollziehen; die Gemeinden sollten für neue Aufgaben vergrößert und die Landkreise ebenfalls durch Vergrößerung für neue Aufgaben gestärkt werden. Ein riesiges Gesetzgebungsprogramm begann, es war mehr als ein Landtag in einer Wahlperiode schaffen kann und die Reform barg viele Probleme in sich, die die Mehrheitsbeschaffung zu einer harten Arbeit machten.

Das zweite große Projekt war die Bildungsreform. Auch hier gab die allgemeine politische Linie der SPD den Anstoß. Es ging um die innere Reform des Bildungssystems, die in zwei großen Gesetzen realisiert wurde: dem Vorschaltgesetz für die Mitbestimmung in den Hochschulen und dem neuen Schulgesetz für das Schulwesen. Es ging um neue Schulformen: zahlreiche Schulzentren wurden gebaut, die Orientierungsstufe begann, die ersten Gesamtschulen starteten, das

Berufsgrundbildungsjahr sollte die berufliche Bildung reformieren.

Der quantitative Hochschulbau erfuhr eine Beschleunigung und mit der Gründung der Universitäten in Oldenburg und Osnabrück bekam das westliche Niedersachsen nach jahrhundertelanger Vernachlässigung endlich eine Aufwertung. Ganz nebenbei wurden die Ingenieurschulen und höheren Fachschulen in Fachhochschulen umgewandelt und auch hier die weitere Entwicklung eingeleitet.

Die Liste lässt sich für Schule und Hochschule noch fortsetzen und auch für die anderen Ressorts finden sich ambitionierte Reformprojekte, die sich alle dem in Angriff genommenen *Landesentwicklungsprogramm* zuzuordnen hatten, das in vier Jahren erarbeitet wurde. Es war die Zeit euphorischer Vorstellungen von gesamtgesellschaftlicher Planung, der Verbindung von mittel- und langfristiger Planung mit den vorhandenen Ressourcen, dem wirtschaftlichen Wachstum, den zu erwartenden Einnahmen und dem gesellschaftlichen Bedarf.

Diesem ambitionierten Projekt gehörte das persönliche Engagement von Alfred Kubel, es deckte sich mit seiner Vorstellung von einer rational gestalteten Politik. Das fertig gestellte Landesentwicklungsprogramm wurde 1974 von den politischen Ereignissen überrollt. Der vierte israelisch-arabische Krieg im Oktober 1973 löste einen Ölpreisschock aus, der in weiteren Schritten die Energiekosten explodieren lässt. Für länger als ein Jahrzehnt sind die wirtschaftlichen Prognosen Makulatur geworden. Der Misserfolg 1974 spricht nicht gegen

planerische Vorausschau, doch muss man sich der Unwägbarkeiten der Politik bewusst bleiben. Eines hinterließ die Planungsarbeit jedoch: Das Land war durchleuchtet worden. Vorher sagte uns die veraltete Landesstatistik die genaue Zahl der Apfel- und Birnenbäume, nicht jedoch das Alter der Lehrer und deren Fächerkombinationen, der Lehrerbedarf konnte nicht abgeschätzt werden; wir wussten nichts über Alter und Zustand der Schulen, kannten nicht die Zahl der Schulräume pro Schule, d. h. der Finanzbedarf für Sanierung und Erweiterung war nicht kalkulierbar.

Das kam alles in Ordnung. Dass die nachfolgenden Landesregierungen daraus keine weiteren Schlüsse zogen, kann Alfred Kubel nicht angelastet werden.

In schwieriger politischer Lage gelang der SPD mit Kubel 1974 noch einmal ein Wahlerfolg; die CDU wurde zwar stärkste Partei doch mit der FDP war schon länger eine Koalition verabredet, sollte sie denn in den Landtag zurück kehren. Im Koalitionsvertrag war bestimmt, dass Mitte der Wahlperiode die SPD an Stelle von Kubel einen neuen Ministerpräsidenten vorschlagen dürfte, die

FDP verpflichtete sich zur Wahl des SPD-Kandidaten.

Da die SPD die Nachfolge noch nicht entschieden hatte,

nannte sie zwei Bewerber: Helmut Greulich und Helmut

Kasimier aus der Landespolitik und aus

protokollarischen Gründen wurde daraus eine Dreierliste

mit dem Bundespolitiker Karl Ravens, von dem man

aber wusste, dass er in Bonn bleiben wollte. Als die

Abstimmung stattfand, war Helmut Greulich nach

schwerer Erkrankung ausgeschieden, die Kubel-

Nachfolge fiel ohne weitere Diskussion an Helmut

Kasimier, der dann im Landtag keine Mehrheit fand,

auch Karl Ravens, der für den 3. Wahlgang mobilisiert worden war, fand sie nicht. Der CDU-Kandidat Ernst Albrecht erhielt die verfassungsmäßige Mehrheit und wurde in drei Landtagswahlen von den niedersächsischen Wählern bestätigt. Auf die lange SPD-Regierungszeit folgten 14 Jahre Ernst Albrecht.

Es ist viel darüber diskutiert, geschrieben und gerätselt worden, was die Kubel-Nachfolge hat scheitern lassen.

Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, Alfred Kubel sei von seiner Partei aus dem Amt gedrängt worden. Er

selbst hatte schon vor der Landtagswahl 1974 auf sein Alter und die notwendige Regelung der Nachfolge hingewiesen, möglicherweise belastete ihn damals bereits eine nachlassende Gesundheit. Zentrale politische Differenzen mit ihm gab es nicht. Es wurde zwar sehr hart über die Anwendung des Ministerpräsidenten-Beschlusses über Radikale im Öffentlichen Dienst gestritten, da Kubel aufgrund seiner Weimarer Erfahrungen mit linken und rechten Radikalen für eine harte Linie war, doch ein grundsätzliches Zerwürfnis gab es darüber nicht. Schwieriger war das

Regieren durch den Koalitionspartner FDP geworden, der bei den letzten Arbeiten an der Kreisreform eine für die SPD häufig provokante Linie vertrat, und es war spürbar, dass ein Teil der FDP langsam auf Distanz zur sozialliberalen Politik ging. Dieses hätte wohl alles zum Regierungssturz nicht gereicht, wenn die Regierungsmehrheit nicht durch die Wahlprüfung geschrumpft wäre. Als die Koalition begann, hatte sie drei Stimmen Mehrheit, wegen zahlreicher Unregelmäßigkeiten bei der Landtagswahl verlor die SPD durch die Wahlprüfung ein Mandat, die CDU

gewann eines hinzu. Die Koalition hatte nur noch eine Ein-Stimmen-Mehrheit.

In dieser Risikolage hätte die Nachfolge-Operation gestoppt werden müssen, denn die Medien spekulierten intensiv über das mögliche Scheitern der Neuwahl eines Ministerpräsidenten. Wer die landespolitische Korrespondenz *Rundblick* nachliest, wird heute den Kopf schütteln über das Festhalten am 1974 vereinbarten Wechsel. Am 14. Januar 1976 wird dann die Spekulation Realität: Helmut Kasimier scheitert, Ernst Albrecht erhält

eine Mehrheit, die er auch in zwei weiteren Wahlgängen behauptet, im dritten Wahlgang sind es sogar 79 Stimmen, eine Stimme mehr als die absolute Mehrheit.

Nach einer glanzvollen politischen Arbeit für das Land hat dieser Abgang den politischen Lebensabend von Alfred Kubel verdunkelt, er verbittert über das Geschehene, das er als persönlichen Angriff auf sein Lebenswerk ansah. Über drei Jahrzehnte danach kann sein Lebenswerk deutlicher gewürdigt werden, bildet der misslungene Abgang nur noch eine Episode. Wollte man

eines der beliebten Rankings für die niedersächsischen Landespolitiker machen, dürfte Alfred Kubel mühelos den Platz 1 schaffen, wenn nur Leistung bewertet würde. Er war nicht populär im Sinne der Wahlkampfstrategen, aber er genoss hohes Ansehen, die Bürger Niedersachsens vertrauten ihm, würdigten seine Tüchtigkeit. An seinem 100. Geburtstag ehren wir ihn als einen bedeutenden Politiker unserer Partei, der Landes- und Bundesgeschichte geschrieben hat.